



Aktuelle Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Die Rolle der Abgeordnetenkommer als Bürgervertretung aufwerten!

Die Abgeordnetenkommer stellt verfassungsmäßig das Organ dar, welches die BürgerInnen am direktesten vertreten soll. Über die reine gesetzgeberische Arbeit hinaus, wurden in den letzten Jahren diesbezüglich eine Reihe von positiven Initiativen in die Wege geleitet: das Petitionsrecht wurde ausgeweitet, ein Jugendparlament eingerichtet, öffentliche Hearings organisiert u.a.m.

In einem demokratischen Staat des 21. Jahrhunderts, ist es jedoch geboten, über diese Initiativen hinaus, die Rolle der Abgeordnetenkommer noch weitaus offener zu gestalten.

Die personelle Verstärkung, die in den letzten Wochen angekündigt wurde, ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Es ist dabei zwingend notwendig, in den einzelnen Politikbereichen zusätzliche Fachbearbeiter vorzusehen. Dieses ist die Voraussetzung schlechthin, damit das Parlament nicht ausschließlich dem Wissen der Ministerialbeamten ausgeliefert ist, sondern selbst über die notwendigen Kompetenzen verfügt.

Darüber hinaus gilt es jedoch weitere Reformen in die Wege zu leiten.

Sitzungsberichte als reelle Informationsinstrumente einsetzen

Die Sitzungsberichte von Kommissionen werden allzu oft erst Wochen nach der Sitzung veröffentlicht, so dass ein Verfolgen der politischen Meinungsbildung - außerhalb von Insiderkreisen - nur begrenzt möglich ist. Zudem wird darin (im Gegensatz zu früher) nicht mehr angegeben, welche Aussagen von welchem Politiker stammen. Somit verliert der Bericht erheblich an Bedeutung, denn gerade der Zuordnung der Aussagen kommt eine wichtige Bedeutung zu, wenn man sich wirklich ein Bild über die Einstellung der verschiedenen Parteien machen möchte. Ein Überdenken der aktuellen Praxis könnte nicht nur interessierten BürgerInnen erlauben, die Meinungsdebatte reell zu verfolgen, sondern würde ebenfalls die Arbeit derjenigen würdigen, die sich aktiv in die Dossiers einbringen.

Kommissionen nicht weiterhin gegenüber der Zivilgesellschaft abschirmen

Aber auch die Tatsache, dass sich Kommissionen scheinbar mehr und mehr gegenüber der Zivilgesellschaft abschirmen, wirft Fragen auf. In der vergangenen Legislaturperiode fand (im Gegensatz zu vorherigen) kein wirklicher Austausch von Kommissionen (zumindest bei Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen) mit Akteuren der Zivilgesellschaft statt. Sogar dann nicht, wenn diese fundierte Stellungnahmen zu Gesetzesprojekten erstellt hatten und entsprechend um einen Austausch baten. Diese Abgrenzung widerspricht einer zeitgemäßen Offenheit einer Abgeordnetenversammlung gegenüber Akteuren, die sich mit konkreten Vorschlägen in die Gesellschaft einbringen wollen.

Statt Fokussierung auf den Staatsrat - Gutachten aller Akteure reell aufgreifen

Zudem scheinen sich so manche Kommissionen in den vergangenen Jahren (im Gegensatz zu "früher"), im Rahmen der Diskussion von Gesetzesprojekten, fast ausschließlich auf eine Analyse des Gutachtens des Staatsrates zu fokussieren und solche von Berufskammern oder anderen Akteuren nur noch begrenzt wahrzunehmen. Von den Berichterstatteuren zu Gesetzesprojekten gab es in der vergangenen Legislaturperiode so nur recht wenige Verweise auf derartige Gutachten der Zivilgesellschaft. Dabei stellen doch gerade diese – in ihrer Vielfalt – die gesellschaftliche Sichtweise dar. Sie beinhalten zudem häufig sehr konkrete und vor allem auch diskussionswürdige Anregungen!

Petitionsrecht fortentwickeln - Bürgerbegehren einführen

Das „Petitionsrecht“ von BürgerInnen ist grundsätzlich positiv zu werten und es wird ja auch häufig Gebrauch davon gemacht. Aber: Außer Debatten nichts gewesen? Trotz einer summarischen Darstellung der Resultate der Anhörungen in einer Art Jahresbilanz, ist kaum nachvollziehbar, welche Folgerungen aus Petitionen seitens der Abgeordnetenversammlung gezogen werden. Tendenziell entsteht der Eindruck, als ob die Abgeordnetenversammlung z.T. lediglich Anfragen an die Regierung weiterleitet, ohne selbst Stellung zu beziehen....Was letztlich daraus erfolgt, ist nur begrenzt gewusst.

Eine lebendige Demokratie setzt zudem ein darüber hinausgehendes Initiativrecht der BürgerInnen voraus! Die Einführung der, auch im Rahmen der Verfassungsreform angesprochene, "initiative populaire" stellt eine wichtige Weiterentwicklung dar. Sie ist ein zentrales Element, um das Wissen und das Engagement der BürgerInnen reell zu nutzen, die Akzeptanz von Projekten bzw. das Interesse an Politikgestaltung zu erhöhen und der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Hearings zu einem reellen Instrument der politischen Meinungsbildung machen

Die Veranstaltung von Hearings in der Abgeordnetenversammlung kann ein wesentliches Instrument für die Meinungsbildung der Abgeordneten darstellen. Dies unter der Voraussetzung, dass ein reeller Austausch über Argumente zwischen den Akteuren erfolgen kann. Das Konzept mancher Hearings der Vergangenheit begnügte sich jedoch mit einer Anreihung von "Statements" unterschiedlicher

Akteure, so aufschlußreich dies auch vielleicht war. Eine Weiterentwicklung des Grundkonzeptes der Hearings als reelles Instrument des Austauschs und der Meinungsbildung – so wie wiederholt schon angesprochen – würde eine Chance für die Aufwertung des Parlamentes darstellen.

Abgeordnetenmandat – ein Fulltime-Job

Unerläßlich aus der Sicht des Mouvement Ecologique ist dabei ebenfalls, dass die, in fast allen Parteiprogrammen vorgesehene Reform des Abgeordnetenmandats endlich wirklich angegangen wird. Der Abgeordnetenjob muss ein Fulltime-Job werden: Fakt ist, dass es vielen Abgeordneten scheinbar auch an Zeit fehlt, sich, neben ihrer Bürgermeister oder Schöffengerats-Arbeit, noch thematisch ausreichend einzuarbeiten. In der kommenden Legislaturperiode muss es zu einer Trennung des Mandats von Abgeordnetem und Schöffengeratsmandat kommen! Ebenso sollten Abgeordnete nicht zusätzlich einer weiteren beruflichen Tätigkeit nachkommen dürfen!

Die Praxis der Abgeordnetenkammer als Bürgervertretung sollte Vorbildcharakter haben: dies was Transparenz und Entscheidungsfindung und auch den Austausch mit der Zivilgesellschaft und den BürgerInnen betrifft.

Darüber hinaus dürfte sich eine gewisse Emanzipation des Parlamentes gegenüber der Exekutive, also der Regierung aufdrängen. In der letzten Legislaturperiode konnte man zeitweise den Eindruck haben, die Mehrheitsvertreter würden - im Sinne einer «Koalitionsraison» Gesetzesprojekte der Regierung a priori gutheißen und nur noch eher marginale Abänderungen durchführen...

Eine zeitgemäß funktionierende Abgeordnetenkammer ist - in einer Gesellschaft mit mehr und mehr heterogenen Strömungen sowie von "Fake News", immer komplexer werdenden Themen, aber auch immer dringender werdenden Herausforderungen - die Schnittstelle schlechthin für eine funktionierende Demokratie, die auch der Politikverdrossenheit entgegenwirken kann!

Insofern sollten die Abgeordnetenkammer sowie die politischen Parteien zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine Debatte über die heutigen Erwartungen an sie und notwendige Reformen initiieren. Dies wurde im Übrigen in verschiedenen Wahlprogrammen in Aussicht gestellt.

Mouvement Ecologique
Februar 2019